

# Der katalanische Gefangene

Die Bundespolizei verhaftete am Sonntag den katalanischen Politiker Carles Puigdemont in Schleswig-Holstein. Für die Festsetzung kooperierten das Bundeskriminalamt und spanische Geheimdienste. Am Dienstag begann das Auslieferungsverfahren.

Ein Dutzend Demonstrierender harrt trotz der nasskalten Witterung vor dem mächtigen Klinkerbau mit dem massiven Stahltor aus. Hier in der Justizvollzugsanstalt Neumünster ist seit Sonntag Carles Puigdemont inhaftiert. »Freiheit für die katalanischen politischen Gefangenen!« steht auf einem Transparent, daneben ist eine Estelada gemalt, eine katalanische Nationalfahne, unter der kleiner steht: »Visca la República Catalana!«, es lebe die katalanische Republik.

Die »Autonome Antifa-Koordination Kiel« reagierte schnell auf Puigdemonts Inhaftierung, nach einer Kundgebung am Montagabend in Kiel fuhren ihre Mitglieder gemeinsam ins 30 Kilometer südlich gelegene Neumünster. Ein paar Fahnen der Linkspartei werden hochgehalten, auf einem an einem Zaun befestigten Transparent steht ganz schlicht: »Free Puigdemont!« Mit diesem Spruchband hat bereits am Abend zuvor eine kleine Gruppe Katalaninnen gegen die Verhaftung protestiert, von denen mehrere noch zusätzlich Esteladas dabei hatten. Protest, der sich gegen die Inhaftierung richtet, aber nicht zugleich die Insignien des katalanischen Nationalismus trägt, ist hier rar.

Der Grund dafür, dass erst die deutsche Polizei Puigdemont verhaftete, dürfte sein, dass die spanischen und die deutschen Polizeibehörden seit Jahrzehnten eng kooperieren. So bekam das BKA vom spanischen Geheimdienst Centro Nacional de Inteligencias (CNI) genaue Hinweise, wann und wo Puigdemont im Auto nach Deutschland einreisen würde.

Passanten mit Einkaufstüten gehen vorbei und staunen über die vielen Kamerateams. Es wird viel Spanisch und Katalanisch gesprochen. Die Nachrichtenagentur Reuters interviewt zwei Protestierende, die auf Katalanisch antworten. Auch wenn sie ihre Antworten anschließend selbst übersetzen – es ist ein demonstrativer Akt, sich in der unter der Franco-Diktatur unterdrückten, mittlerweile in der Region Katalonien allgegenwärtigen Sprache zu äußern.

Katalonien wird seit Ende Oktober 2017 von der spanischen Zentralregierung zwangsverwaltet, weil sich die Region von Spanien abspalten und einen eigenen Nationalstaat konstituieren wollte. Als katalanischer Regionalpräsident hatte

Puigdemont am 27. Oktober den neuen Staat ausgerufen. Die spanische Zentralregierung setzte daraufhin die Regionalregierung ab. Die Generalstaatsanwaltschaft erließ gegen Puigdemont und weitere Personen Haftbefehle wegen »Rebellion« und »Veruntreuung öffentlicher Gelder« durch die Abhaltung des vom obersten spanischen Gericht untersagten und damit illegalen Referendums über die Unabhängigkeit Kataloniens.

In Spanien sitzen bereits sieben Politiker und zwei prominente Mitglieder der separatistischen Bewegung wegen der gleichen Anklagepunkte in Untersuchungshaft. Puigdemont entzog sich seiner Festnahme zunächst durch Flucht nach Belgien, wo er in den vergangenen fünf Monaten in dem Städtchen Waterloo lebte. Der von einem spanischen Richter Ende Oktober gegen Puigdemont und fünf weitere katalanische Politiker erlassene europäische Haftbefehl wurde außer Kraft gesetzt, nachdem einige europäische Justizbehörden gegen eine Auslieferung nach Spanien wegen des Vorwurfs der sogenannten Rebellion Zweifel angemeldet hatten. Das Delikt existiert in dieser Form nicht in allen Ländern – es ist in Spanien definiert durch die Anwendung illegaler Gewalt zum Umsturz des Staates. Der Richter argumentierte, beim Referendum sei es zu Gewalt gekommen.

Diese ging allerdings von der spanischen Nationalpolizei und der paramilitärischen Guardia Civil aus, die Wahllokale stürmten, Wahlurnen beschlagnahmten und hart gegen Protestierende und Wählende vorgingen. Die Gegenwehr bestand größtenteils aus gewaltfreiem zivilen Ungehorsam. Puigdemont selbst rief mehrfach zur Gewaltfreiheit auf. Auch seine Partei, die Partit Demòcrata Europeu Català (Katalanische Europäische Demokratische Partei, PDeCAT), ist bürgerlich-liberal und keineswegs revolutionär oder linksradikal.

Von Waterloo aus betrieb Puigdemont keinen bewaffneten Umsturz, sondern versuchte, den Konflikt um die Abspaltung Kataloniens von Spanien mit Lobbyarbeit zu europäisieren. Er hoffte auf eine internationale Vermittlung durch die EU und auf die Unterstützung für sogenannte unterdrückte Völker durch die deutsche Außenpolitik. Doch eine der ersten Maßnahmen nach Einsetzung der Zwangsverwaltung Kataloniens durch die spanische Zentralregierung war die Schließung der katalanischen Auslandsvertretung in Berlin im November.

Deren bisherige Leiterin schloss sich am Sonntag einer spontanen Mahnwache in Berlin gegen Puigdemonts Inhaftierung an.

Puigdemont befand sich am Freitag voriger Woche in Finnland, als er davon erfuhr, dass der Ermittlungsrichter Pablo Llarena am Obersten Gerichtshof in Madrid den europäischen Haftbefehl gegen ihn wieder in Kraft setzen würde. Noch am Freitagabend schickte der Ermittlungsrichter fünf weitere katalanische Politiker in Untersuchungshaft. Unter anderem sind nun alle drei Kandidaten inhaftiert, die von der separatistischen Mehrheit im neugewählten Regionalparlament für die

Regionalpräsidentschaft vorgeschlagen worden waren.

In Helsinki sprach Puigdemont am Freitag auf Einladung einer Gruppe von Parlamentariern in der Universität.

Aber sein Ticket für den Rückflug nach Belgien am Samstag ließ er verfallen – bei den Flughafenkontrollen wäre er höchstwahrscheinlich wegen des wieder in Kraft gesetzten europäischen Haftbefehls verhaftet worden. Stattdessen reiste der 55jährige bereits am Freitag wieder ab – mit dem PKW. Er durchquerte Finnland, Schweden und Dänemark. Erst kurz nach seiner Einreise nach Deutschland auf der Autobahn A7 bei der Anschlussstelle Schleswig-Jagel verhaftete ihn die Bundespolizei in Kooperation mit dem Bundeskriminalamt. Schleswig-Holsteins Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) sagte: »Die Festnahme erfolgte aufgrund einer durch das Bundeskriminalamt übermittelten Fahndungsausschreibung der spanischen Behörden.« Er danke »allen beteiligten Sicherheitskräften für ihre Arbeit«.

Der Grund dafür, dass erst die deutsche Polizei Puigdemont verhaftete, dürfte sein, dass die spanischen und die deutschen Polizeibehörden seit Jahrzehnten eng kooperieren. So bekam das BKA vom spanischen Geheimdienst Centro Nacional de Inteligencias (CNI) genaue Hinweise, wann und wo Puigdemont im Auto nach Deutschland einreisen würde.

Deutsche Medien berichten darüber aber meist nur andeutungsweise. Puigdemonts Verhaftung war also das Ergebnis einer Geheimdienstoperation. Der CNI hat jahrzehntelange Übung darin, untergetauchte Eta-Mitglieder und andere Flüchtlinge aus dem Baskenland im Ausland aufzuspüren und Hinweise für Verhaftungen zu geben – beispielsweise vergangenes Jahr in Berlin.

Zwölf Agenten des CNI und weitere Beamte der Comisaría General de Información (CGI), des Geheimdienstes der spanischen Nationalpolizei, verfolgten jeden Schritt Puigdemonts, seit er Belgien verlassen hatte. An dem Auto, mit dem Puigdemont gemeinsam mit vier weiteren Personen am Freitag in Helsinki losgefahren war, hatten die Agenten einen GPS-Peilsender angebracht. Wo Puigdemont verhaftet wurde, hatten die spanischen Agenten in Absprache mit dem BKA entschieden. Die Agenten beschränkten sich auf die Vorbereitung, die Festnahme selbst besorgte die Bundespolizei.

Dieses Vorgehen des CNI soll vom spanischen Geheimdienstgesetz gedeckt sein, dem zufolge die »Neutralisierung von Bedrohungen der nationalen Sicherheit« Aufgabe des Dienstes ist. Informanten aus Geheimdienstkreisen sagten spanischen Zeitungen, die internationale Zusammenarbeit mit Geheimdiensten befreundeter Staaten, wie in diesem Fall Deutschlands, sei dafür fundamental. Das berichtete die Internetzeitung Público.

»Herr Puigdemont befindet sich derzeit im behördlichen Gewahrsam«, sagte Schleswig-Holsteins Vizegeneralstaatsanwalt Ralph Döpfer. Puigdemont wurde in die JVA Neumünster gebracht. Das Amtsgericht Neumünster entschied am Montagabend, dass er vorerst in Gewahrsam bleiben muss, und erließ eine sogenannte gerichtliche Festhaltenordnung. »Wir befinden uns jetzt erst im richtigen Auslieferungsverfahren«, sagte der leitende Oberstaatsanwalt Georg Gütge. »Jetzt wird geprüft, ob die Auslieferung zulässig ist.« Das kann bis zu 60 Tage dauern. In jedem Fall wird erst nach Ostern über Puigdemonts Auslieferung entschieden.

29.03.2018

<https://jungle.world/artikel/2018/13/der-katalanische-gefangene>

## **Katalonien: "Freiheit für politische Gefangene"**

Das katalanische Parlament stellt fest, dass Puigdemont, Sánchez und Turull das Recht auf eine Wahl zum Präsidenten haben

Am Mittwoch ist das katalanische Parlament zu einer dringlichen Sondersitzung zusammen gekommen, nachdem Carles Puigdemont am Sonntag in Deutschland festgenommen und Spanien am Samstag auch die [Wahl des dritten Präsidentschaftskandidaten Jordi Turull verhindert hatte](#). Das hat zu enormer Wut, großen Demonstrationen sowie Straßen und Schienenblockaden geführt, die über Ostern fortgeführt werden, wie [weitere Straßenblockaden](#) zeigen. Das haben die "Komitees zur Verteidigung der Republik" (CDR) angekündigt, denen ein weiter steigender Protagonismus zukommt.

Mit großer Mehrheit hat das Parlament die ["sofortige Freiheit der katalanischen politischen Gefangenen" verlangt](#), da dies auch "Comú-Podem" (Gemeinsam können wir es) fordert, hinter der die spanische Linkspartei "Podemos" steht. Zu den vier Gefangenen, die zum Teil seit Oktober sitzen, wurden mit Turull am Freitag weitere vier Führungspersonlichkeiten des "Procés" inhaftiert.

Unklar war, ob auch die beiden katalanischen Polizisten und der Historiker in Haft kommen würden, die Puigdemont auf seiner Rückfahrt ins belgische Exil begleitet haben. Nach ihrer Rückkehr aus Deutschland wurden sie am Mittwoch festgenommen, sind aber nun zunächst [wieder auf freien Fuß gesetzt](#) worden.

Die Sektion der spanischen Sozialdemokraten (PSOE) in Katalonien hat sich der Freiheitsforderung nicht angeschlossen und lehnten sie mit Blick auf die Gewaltenteilung ab. "Die legislative Macht könne der Justiz nicht sagen, was sie zu tun hat", [sagte](#) ihr Sprecher Ferran Pedret. Er musste sich aber dann anhören, dass seine Formation schweigt, wenn die spanische Justiz die Gewaltenteilung und die

Parlamentsautonomie aushebelt und schon drei Präsidentschaftskandidaten gegen nationales und internationales Recht mit einem absurden und fadenscheinigen Vorgehen blockiert hat. Es scheint für die Sozialdemokratie kein Problem zu sein, wenn "[groteske Anklagen](#)" formuliert und "Rechtsbeugung" von der spanischen Justiz begangen wird, wie hochstehende Juristen im spanischen Staat [anklagen](#).

Das Parlament hat zudem beschlossen, "alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen", um die Rechte der drei Kandidaten Puigdemont, Turull und Jordi Sànchez zu garantieren, die Amtseinführung eingeschlossen. Denn mit der Festnahme in Deutschland soll nun wieder Puigdemont zum Präsident gewählt werden. Bezogen hat sich das Parlament auf die UN-Menschenrechtskommission. Die hat vergangene Woche in Bezug auf Sànchez von Spanien "[vorläufige Maßnahmen](#)" gefordert, um dessen Rechte als Kandidat und seine Teilnahme an Sitzungen zu garantieren. Gerade hat die Kommission auch [die Klage von Puigdemont angenommen](#). Es gibt praktisch keinen Zweifel, dass in Genf auch von Spanien (und Deutschland) die Wahrung der Rechte von Puigdemont gefordert werden.

Die linksradikale CUP fordert, "keinen Schritt zurück" zu gehen und Puigdemont zum Präsidenten zu küren. "Schnellstmöglich" solle eine Amtseinführung stattfinden. "[Die Präsidentschaft darf von keiner spanischen Richterrobe beeinflusst sein](#)", sagte der CUP-Sprecher Carles Riera. Ähnlich sieht das Puigdemonts "Gemeinsam für Katalonien" (JxCat). Nur die Republikanische Linke (ERC) zielt sich noch, die einen "effektiven" Regierungschef bevorzugt. Riera zeigte sich bereit, "jede Verantwortung" zu übernehmen". Die Anträge von "Comú-Podem", eine breite aufgestellte Regierung mit "unabhängigen Kandidaten" zu bilden, wurden genauso abgelehnt, wie der Versuch der rechten Ciudadanos (Bürger), den Parlamentspräsidenten Roger Torrent zu stürzen. Nicht einmal die Sozialdemokraten wollten sich dem anschließen.

## **Deutschland bleibt mit der Inhaftierung von katalanischen Exil-Politikern weiter allein**

In Großbritannien ließ ein Gericht die frühere Ministerin Clara Ponsatí frei, die nun an einer schottischen Universität einen Lehrauftrag ausführt. Ihr wurde lediglich der Pass eingezogen. Die Schweiz hat es zudem [abgelehnt](#), den Haftbefehl gegen die ehemalige CUP-Sprecherin Anna Gabriel umzusetzen, da es sich um "politische Delikte" handelt. Da hat es auch nichts geholfen, dass der spanische Außenminister Alfonso Dastis seinen Schweizer Kollegen Ignazio Cassis um Unterstützung gebeten und ihn damit in Verlegenheit gebracht hat, wie [berichtet](#) wird.

Auch aus Belgien sind keine Festnahmen oder Verhaftungen zu vernehmen, der Anwalt der dortigen Exilierten kommt zur gleichen [Einschätzung wie Telepolis](#), dass

sich das Auslieferungsverfahren in Deutschland "mehr als ein Jahr" hinziehen dürfte. Gonzalo Boye hat gerade auch Puigdemont im Knast in Neumünster besucht, denn er [koordiniert](#) zwischen denen, deren Auslieferung auf Basis des europäischen Haftbefehls gefordert wird. Er steht auch im Kontakt mit dem deutschen Verteidiger von Puigdemont und der macht nun auch der Bundesregierung die Hölle heiß, der offensichtlich beim Freundschaftsdienst für Mariano Rajoy nicht klar war, in welches Wespennest man sich da setzt.

Wolfgang Schomburg fordert von der Bundesregierung, sie solle "unverzüglich" erklären, dass sie eine Auslieferung Puigdemonts an Spanien politisch keinesfalls bewilligen werde ([Ehemaliger Richter am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag vertritt Puigdemont](#)). Er klärte darüber auf, dass solche politische Bewilligung des spanischen "Rechtshilfeersuchens" nach dem Gesetz zur Internationalen Rechtshilfe notwendig ist, ganz unabhängig von der juristischen Entscheidung des zuständigen Gerichts. "Bewilligungsbehörde sei angesichts der Bedeutung des Falles die Bundesregierung in Gestalt von Justizministerin Katarina Barley", [schreibt](#) die Süddeutsche Zeitung mit Bezug auf den Anwalt. Sie stellt auch fest, dass man es sich bei Schomburg um ein Schwergewicht handelt, "einen der weltweit führenden Experten des internationalen Strafrechts".

Dem Verfahren müsse "so oder so" schnell ein Ende bereitet werden - "um nicht spanische Interessenskonflikte auf deutschem Boden austragen zu lassen". Schomburg kennt sich aus, er war Bundesrichter in Karlsruhe; sodann wurde er von der UN-Vollversammlung als erster deutscher Strafrichter an ein internationales Strafgericht gewählt; er war Richter am Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag und dann für Ruanda in Arusha.

Schomburg stellt fest, dass der vom spanischen Richter Pablo Llarena ausgestellte Haftbefehl nur sehr unpräzise und oberflächlich seien und juristisch keinen Bestand haben werden. Man wisse nicht einmal, um welchen Haftbefehl es sich eigentlich handele, da er mit "Europäischer Haftbefehl" und mit "Internationaler Haftbefehl" überschrieben sei. Der Vorwurf der Rebellion, der eindeutig mit Gewalt einhergehen muss, sei "unhaltbar", der Vorwurf der Korruption "abenteuerlich". Tatsächlich hat Llarena, wie es auch schon Carmen Lamela in Belgien versucht hatte, Korruption nur [angekreuzt](#), weil das ein Auslieferungsgrund nach dem Europäischen Haftbefehl ist.

Doch, das sagen alle Anwälte, besteht schon ein großer Unterschied zwischen "Veruntreuung" und "Korruption". Ob man es als Veruntreuung ansehen kann, dass die Politiker Geld für ein Referendum eingesetzt haben, so wie sie es im Wahlkampf versprochen hatten, und das mit Gesetzen im katalanischen Parlament verabschiedet wurde, ist tatsächlich mehr als abenteuerlich und wird noch abenteuerlicher, wenn diese Vorwürfe von Rajoys Volkspartei (PP) kommt, die bis zur Halskrause in [echten Korruptionsskandalen](#) steckt und hunderte Parteimitglieder,

sogar bis in die PP-Führung angeklagt werden. Die Chancen, dass Puigdemont oder andere tatsächlich an Spanien ausgeliefert werden, sind mehr als trübe. Das weiß auch Richter Llarena, aber der macht bekanntlich, was die Regierung Rajoy von ihm fordert.

29.03.2018

<https://www.heise.de/tp/features/Katalonien-Freiheit-fuer-politische-Gefangene-4008980.html?seite=all>

## **Puigdemont droht mit Gang vors Bundesverfassungsgericht**

Spanien rechnet damit, dass der festgenommene katalanische Ex-Ministerpräsident Carles Puigdemont ausgeliefert wird. Doch vorläufig bleibt er in Gewahrsam. Erst nach Ostern könnte er ausgeliefert werden.

Der Generalstaatsanwalt braucht noch Zeit, Carles Puigdemont wird Ostern in der JVA Neumünster verbringen. Der Anwalt des katalanischen Ex-Regierungschefs fordert die Bundesregierung zur Entscheidung in seinem Fall auf.

Der katalanische Separatistenführer Carles Puigdemont wird die Ostertage in der Justizvollzugsanstalt Neumünster verbringen.

Schleswig-Holsteins Generalstaatsanwalt wird vorher keinen Antrag auf Auslieferungshaft beim Oberlandesgericht stellen, wie eine Sprecherin sagte.

Die Prüfung der Unterlagen sei sehr komplex. Mit der Entscheidung, ob der Antrag gestellt wird, sei nicht vor Anfang kommender Woche zu rechnen. Am Ende des Verfahrens könnte die Auslieferung des 55-Jährigen an Spanien stehen. Dort droht ihm eine lange Haftstrafe.

Puigdemonts deutscher Anwalt Wolfgang Schomburg forderte die Bundesregierung nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ auf, „unverzüglich“ zu erklären, dass Deutschland eine Auslieferung politisch keinesfalls bewilligen werde. Eine solche politische Bewilligung des spanischen Rechtshilfeersuchens sei nach den Regeln des Gesetzes über die Internationale Rechtshilfe notwendig – unabhängig von der juristischen Entscheidung des Gerichts. Schomburg kündigte an, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, sollte die Justiz seinen Mandanten nicht alsbald auf freien Fuß setzen.

Der Jurist war laut „SZ“ früher Bundesrichter in Karlsruhe. Danach sei Schomburg von der UN-Vollversammlung als erster deutscher Strafrichter an ein internationales Strafgericht gewählt worden und habe als Richter am Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag und dann für Ruanda in Arusha gearbeitet.

## **„Haftbefehl sehr unpräzise und oberflächlich“**

Dem Auslieferungsverfahren gegen Puigdemont müsse „so oder so“ ein Ende bereitet werden, „um nicht spanische Interessenskonflikte auf deutschem Boden austragen zu lassen“, sagte Schomburg der Zeitung. Dies bedeute, dass das Verfahren juristisch oder politisch, am besten aber „juristisch und politisch“ beendet werden müsse. Schomburg vertritt den in Neumünster inhaftierten Puigdemont zusammen mit seinem Sohn, dem Wirtschaftsstrafrechtler Sören Schomburg.

Schomburg kritisierte, die Akten seien wohl „zu Fuß von Neumünster nach Schleswig zum Oberlandesgericht unterwegs“. Die Amtsrichterin in Neumünster hatte am Montag entschieden, dass Puigdemont zunächst weiterhin in Gewahrsam zu halten sei.

Schomburg geht davon aus, dass der von den spanischen Behörden ausgestellte Haftbefehl gegen Puigdemont, der sehr unpräzise und oberflächlich sei, juristisch keinen Bestand haben werde. So sei unklar, um welchen Haftbefehl es sich eigentlich handeln solle: Er sei sowohl mit „Europäischer Haftbefehl“ als auch mit „Internationaler Haftbefehl“ überschrieben. Der Gewaltvorwurf gegen Puigdemont sei „unhaltbar“, der Vorwurf der Korruption „abenteuerlich“, sagte Schomburg.

Der Anwalt legte dar, der Korruptionsvorwurf stütze sich darauf, dass Puigdemont als katalanischer Ministerpräsident eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit abhalten ließ, die natürlich Geld gekostet habe. Zum Gewaltvorwurf habe Puigdemont selber vor der Amtsrichterin ausgesagt, „zu keinem Zeitpunkt in seinem Leben jemals Gewalt ausgeübt oder unterstützt“ zu haben, jegliches Gewaltkonzept sei für ihn „gänzlich inakzeptabel“. Schomburg sagte, alle im Haftbefehl dargestellten Gewaltdelikte bezögen sich auf andere Personen.

## **Katalanische Regionalministerin stellt sich in Schottland**

Die ebenfalls mit europäischem Haftbefehl gesuchte frühere katalanische Regionalministerin Clara Ponsati stellte sich im schottischen Edinburgh der Polizei. Der 61-Jährigen werden wie Puigdemont Rebellion und Veruntreuung öffentlicher Mittel vorgeworfen. Ende Oktober hatte sie sich zunächst mit Puigdemont nach Brüssel und dann allein nach Schottland abgesetzt.

Ponsati weise die Vorwürfe aber weiter zurück, berichtete die englische Nachrichtenagentur PA. Sie wurde auf Kautionsfreigelassen, musste aber ihren Pass abgeben, sodass sie das Land nicht verlassen kann. Am 12. April soll sie erneut vor Gericht erscheinen.



## **„Politische Rechte“ Puigdemonts verteidigen**

Im Parlament von Barcelona verabschiedeten am Mittwoch die drei für die Unabhängigkeit der spanischen Region eintretenden Parteien zwei Resolutionen, in denen die „politischen Rechte“ Puigdemonts verteidigt werden – darunter auch die Möglichkeit, ihn erneut zum Regionalchef zu wählen. Allerdings haben die Resolutionen eher Symbolcharakter und ändern nichts an der faktischen Unmöglichkeit, den 55-Jährigen ins Amt zu wählen.

Zwei katalanische Beamte, die Puigdemont bei seiner Rückfahrt von Finnland Richtung Belgien begleitet hatten, wurden am Mittwoch in Barcelona festgenommen. Einer der beiden sei aus Brüssel kommend am Flughafen inhaftiert worden, der andere in der Nähe seines Hauses, berichtete die Zeitung „El País“ unter Berufung auf Polizeiquellen. Beide Männer arbeiten als Sicherheitskräfte der katalanischen Polizei Mossos d’Esquadra und waren bei der Festnahme Puigdemonts mit ihm im Auto unterwegs. Ihnen wird „Begünstigung“ vorgeworfen.

Puigdemonts Festnahme ist die jüngste Wendung in dem Konflikt über Kataloniens Abspaltung von Spanien, der nach dem Referendum und der einseitigen Ausrufung der Unabhängigkeit der Region im Oktober eskaliert war. Puigdemont wurde damals als Regionalpräsident abgesetzt und floh ins belgische Exil, um seiner Festnahme in Spanien zu entgehen.

Am Freitag reaktivierte das Oberste Gericht in Madrid dann einen europäischen Haftbefehl gegen Puigdemont, der sich zu diesem Zeitpunkt zu einem Besuch in Finnland aufhielt. Bei seiner Rückreise nach Belgien wurde er am Sonntag kurz nach dem Grenzübertritt aus Dänemark von der schleswig-holsteinischen Polizei an einer Autobahnraststätte festgenommen. Der Politiker wird in Spanien wegen „Rebellion“, „Aufwiegelung“ und des Vorwurfs der Veruntreuung öffentlicher Gelder gesucht.

29.03.2018

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article174991486/Carles-Puigdemont-droht-mit-Gang-vors-Bundesverfassungsgericht.html>